

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.85 und 0.30 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postfachkonto Hannover 97 877.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 z. je tausend 15 Mt. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 97 877.

Nr. 176.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 31. Juli 1931.

13. Jahrgang.

Wer seine Sache
und sich versteht,
braucht keine Mache.
Nur Zeit
und es geht
und besteht!

Caesar Flaischen.

Elendsgebiete.

Es ist vielfach noch unbekannt, daß wir in Deutschland eine Bevölkerungsschicht haben, deren Los das traurigste unter allen Erwerbsgruppen genannt werden muß: Das ist das Los der sogenannten Heimarbeiter. Seit Wochen mehrten sich die Hilfs- und Warnungsrufe, die von dieser Seite ausgingen. Sie kommen vor allem aus Thüringen, Sachsen und den süddeutschen Grenzgebieten. Wer die riesigen Ausmaße des Thüringer Waldes kennt, des sächsischen Erzgebirges oder des Bayerischen Waldes usw., der weiß, welche Volksmassen sich auf diese Bezirke verteilen und ein kaum glaubliches Dasein führen. Man muß bei ihnen zweierlei unterscheiden: Die eigentlichen Arbeitslosen, die der Zahl nach einen Höchstrekord aufstellen und nur eine ganz geringe Unterstützung beziehen, und die noch Beschäftigten, deren Einkommen teilweise unter den Bezügen der Arbeitslosen liegen. Dazu kommt drittens, daß in einer der letzten Notverordnungen infolge unklarer Auffassung der Verhältnisse der Versuch gemacht wird, die Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung auszuschalten. Die Ärmsten der Armen machen ihre schwerste Krise durch.

Der Heimarbeiter ist in bezug auf die Dauer seiner täglichen Arbeitszeit rechtlos. Die Arbeitszeit beträgt für ihn nicht etwa 8 oder 10 Stunden, sondern zeigt einen Durchschnitt von 13 bis 15 Stunden pro Tag. Er ist dazu gezwungen, wenn er auch nur einigermaßen verdienen will. Dabei bleibt es gleich, ob es sich um männliche oder weibliche Arbeitskräfte handelt; selbst die Kinder werden nicht gespart. Da die meisten Arbeitsaufträge nur noch ganz kurzfristig erteilt werden, also in einer bestimmten kurzen Zeit ausgeführt werden müssen, so erfordert schon das die Ausdehnung der Arbeit bis in die halben Nächte, was wiederum zur Folge hat, daß an diese aufreibenden, die Arbeitsmöglichkeit schnell erschöpfenden Perioden sehr lange Perioden der Arbeitslosigkeit sich anschließen. Das eine wechselt in nervenzerrüttender Folge mit dem andern ab. Und wie hoch beläuft sich der Verdienst? Wir wollen hier kurz die Situation an einigen Beispielen, die charakteristisch sind, kennzeichnen. Eine Heimarbeiterfamilie, die Christbaumschmuck anfertigt, verdient bei Beschäftigung dreier Familienmitglieder, des Vaters, der Mutter und eines Kindes, zusammen pro Tag 1.— Mark bis 1,20 Mark. Das macht im Monat 30.— Mark. Frauen und Mädchen, die Spitzen klöppeln, stricken, weben oder nähen, sind froh, wenn sie täglich 50 bis 80 Pfennig verdienen. Die Holz-, Spiel- und Instrumentenheimarbeiter sind im Durchschnitt mit einem Tagesverdienst von 1,50 bis 2.— Mark zufrieden. In Tausenden von Fällen aber weit darunter. Die qualifizierten Arbeiter jeder Branche, worunter man nur eine ganz kleine Zahl rechnet, kommen nicht mehr über einen Stundenlohn von 30 Pfennig hinaus. 30 Pfennig ist das Höchste, was überhaupt in der Heimindustrie erreicht wird. Wenn man dazu bedenkt, daß bei vielen Erwerbszweigen in diesem Stundenlohn auch noch die Berechnung des Materials, aus dem die Ware hergestellt ist, mit enthalten ist, so begreift man die furchtbare Lage. Es ist auch nur sehr wenigen bekannt, daß die Methoden der Heimarbeit sich sogar bis in die umliegenden Großstädte, also weit ins Land, vorgewagt haben. Hier sind es vor allem Frauen, die ihnen zum Opfer fallen. Bei angestrengtester Arbeit, die hauptsächlich im Anfertigen von Strickwaren besteht, bleiben sie noch hinter jenen oben genannten Verdiensthufen weit zurück.

Es werden zur Zeit in den wichtigsten Heimarbeiterbezirken Erhebungen über die Arbeits- und Unterstützungsverhältnisse angestellt. Was da zum Vorschein kommt, übertrifft alle Vermutungen. Da die Heimarbeiterfamilien im Durchschnitt sehr kinderreich sind, und eine Mutter mit 7 bis 8 Kindern keine Seltenheit bedeutet, so vergrößert sich das Elend noch mehr. Außerdem liegen die Ortschaften sehr häufig abseits von den allgemeinen Verkehrsstraßen, sei es auf Gebirgskämmen oder in ausgedehnten Waldbezirken, wodurch sich wiederum der Transport wichtiger Lebensmittel verteuert. Es ist z. B. Tausenden Familien unmöglich, Milch für ihre Kinder zu kaufen. Vielfach liegen die Dörfer im Erzgebirge und im Thüringer Wald so dicht zusammen, daß

nur wenige Weideflächen für Vieh zur Verfügung stehen, man also auf die eingeführte Milch angewiesen ist. Diese aber ist stellenweise bereits bis auf einen Literpreis von 50 Pfennig gestiegen. Entsprechend hoch sind auch die Preise für Kartoffeln und Kohle. In manchen Orten kennt man die Kartoffel kaum noch, so daß die Leute fast nur von Brot leben. Aber auch das ist rar. Die Erhebungen haben ergeben, daß die Kinder am meisten unter der furchtbaren Not leiden; manche Eltern schicken ihre Kinder einfach nicht mehr in die Schule, weil sie nicht fähig sind, den weiten Weg zu machen und dem Unterricht zu folgen. Die Lehrer sind dazu übergegangen, die Unterrichtsstunden abzukürzen und den Stoff in gedrängter Form zu behandeln. Kinder aus thüringischen Heimarbeitergebieten, die in größeren Transporten zur Erholung in andere Gegenden geschickt wurden, waren längere Zeit hindurch gar nicht imstande, sich der neuen und guten Kost anzupassen. — Schon im Oktober vorigen Jahres wies die damalige Notverordnung eine große Härte für die Heimarbeiter auf. Familien mit mindestens 3 Familienangehörigen und 2 familienfremden Hilfskräften schieden darnach aus der Arbeitslosenversicherung aus. Man hatte bei dieser Verordnung außer Acht gelassen, daß eine Heimarbeiterfamilie ja nur dann überhaupt das Lebensnotwendige verdienen kann, wenn möglichst viele Familienangehörige an der Arbeit teilnehmen. Eine solche Beteiligung hätte also kein Grund zum Ausschluss aus der Versicherung werden dürfen. Die Folgen sind nicht nur für die Heimarbeiter, sondern auch für den Staatsfiskus sehr übel in Erscheinung getreten. Die Familien können keinerlei steuerlichen oder sonstigen Verpflichtungen mehr nachkommen. Es gibt Ortschaften, in denen von 300 bis 400 Haushaltungen, die der Ort insgesamt aufweist, bereits 250 bis 350 für unpfändbar erklärt worden sind.

Das Heimarbeiterproblem bildet eines der dunkelsten Kapitel in der deutschen Wirtschaftsordnung. Der Umstand, daß die Heimarbeitergebiete im allgemeinen weit ab von den zentralen Regierungsstellen des Reiches lie-

gen (die Einzelländer sind allein kaum noch in der Lage, dieses Problem von sich aus zu lösen), brachte es mit sich, daß man so wenig tief in die Verhältnisse eindrang. Es hat eingelotet, vor allem im mittleren Deutschland, eine Bewegung eingelegt, die die Not dadurch lindern möchte, daß man die Jugend der Heimarbeitergemeinden in den Arbeitsdienst überführen und sie in eine andere Gegend des Landes umsiedeln will. Aber diese Versuche werden von maßgebenden Stellen abgelehnt, weil man darin keine wirkliche Lösung des Problems, sondern nur eine Verschiebung der Schwierigkeiten erblickt. Dafür aber wird ein möglichst schneller und durchgreifender Schutz der Heimindustrie vor der Konkurrenz der Großindustrie gefordert und zwar vor allem in dem Sinne einer Unterbindung des katastrophalen Preisdrucks für die Waren. Dadurch würde der Konkurrenzkampf der Heimarbeiter unter sich, von denen jetzt der eine den anderen mit den niedrigsten Lohnsätzen unterbieten muß, ausgeschaltet. Um diese Säge nicht noch tiefer herabsenken zu müssen, wehrt man sich mit verzweifelter Mut auch gegen die Herausnahme aus der Arbeitslosenversicherungspflicht. Und da zeigte sich die enge Schicksalsverbundenheit der deutschen Heimarbeiter mit einem anderen Teil der deutschen Bevölkerung, mit dem handwerklichen Mittelstand; die Gewerbetreibenden setzen sich ganz und gar für die Heimarbeiter ein. Daß ganz allgemein für die furchtbare Not der ärmsten Bevölkerungsschichten Deutschlands sofort etwas getan werden muß, sei es durch Gewährung von hinreichenden Krediten zur Ueberwindung der ärgsten Schwierigkeiten, sei es durch eine eingehende Reform in der Wirtschaftsordnung, wobei die Stellung der Heimarbeiter gebührend gesichert wird, das erscheint jedem notwendig, der die Elendsgebiete bereist. In der Tat: Das Heimarbeiterelend ist eine Angelegenheit des ganzen Reiches. Wertvollste und bodenständige Kräfte, zum Teil an den Grenzen des Reiches auf äußerstem Posten und als Träger deutscher Kultur, ringen um ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein.

Dr. A.

Reparationen, Finanzprobleme im Urteil des englisch-amerikanischen Durchschnittsbürgers.

In einem Artikel unter der obigen Überschrift weist Norman Angell zunächst auf den überraschenden Wechsel der Volksmeinung in Amerika hin, der sich im Zusammenhang mit dem Hooverplan ereignet hat. Die große Masse in Amerika hätte bis dahin jeder Regierung widerstanden, die sich dem Völkerbund nähern wollte, vor allem aber, welche irgendwie gewagt hätte, Kriegsschulden und Reparationen miteinander in Zusammenhang zu bringen. Amerikanische Staatsmänner hätten die Verührung dieses Punktes ebenso sorgfältig vermieden, wie ein heidnischer Stamm die Verührung seines Stammesgötzen. Und was geschieht nun? Der Präsident kehrt sich nicht an den Götzen. Er kündigt an, daß er sich für ein zeitweiliges Aussetzen der Kriegsschuldenzahlung einsetzt und schlägt vor, die Kriegsschulden und Reparationen miteinander zu verbinden. Und ohne weiteres klatscht die große Menge vom Osten bis zum Westen Amerikas auf die eine Weise Beifall, welche ihre Sinnesänderung am deutlichsten zeigt, nämlich so, daß die Kurse der Papiere an jeder Börse des Landes nach oben springen. Und dieser Optimismus, der sich wie ein Präriefeuer durch Amerika verbreitet, gründet sich auf die Ankündigung, daß Amerika ungefähr 50 Millionen Pfund nicht empfangen wird. Norman Angell zieht daraus den Schluß, daß man die sogenannte nationale Volksmeinung nicht als etwas Unveränderliches und Unvermeidliches behandeln dürfe und daß die Staatsmänner nicht ihre Sklaven zu sein brauchen. Diese Tatsache werde besonders für die nächste Zeit wichtig sein. Es sei schon oft in der amerikanischen Politik geschehen, daß eine kühne Anregung des Präsidenten später, wenn sich ihm zuzugewandt, wieder verachtet wurde. So sei es Wilson ergangen, der erst die Amerikaner für den Völkerbund begeistert habe, um nachher ganz allein zu stehen. Und schon jetzt heiße es bei einem amerikanischen Korrespondenten der Times: „falls auf Hoovers Plan nicht eine starke Bewegung des Geschäftslebens nach oben hin folgen würde, so würde sich die jetzige Begeisterung sehr schnell in ihr Gegenteil umkehren“.

Dieser Wechsel in der sogenannten Volksmeinung zeigt sich ganz besonders deutlich in der Art, wie Hearst, der ungefähr 100 amerikanische Zeitungen regiert und damit Millionen von Menschen erreicht, sich zu dem Hooverplan gestellt hat. In der letzten Zeit hat er bekannt-

lich zugestimmt. Kurz vorher sagte er, jeder Kolonialwaren-Händler weiß, daß er bankrott gehen würde, wenn er alle die Rechnungen streiche, die man ihm schuldet. Ebenso würde keine Bank ihren Schuldnern gegenüber jemals etwas anderes verlangen, als eben, daß sie bezahlt würde. Amerika gleiche einer dummen Gans, wenn es dem Hoover-Plan auch nur bezüglich eines Moratoriums der Schulden beistimmte. Norman Angell sucht dann auseinanderzusetzen, wie unsinnig diese scheinbar so einleuchtende Logik des Kolonialwarenhändlers in der Anwendung auf die Reparationen ist. Alles Gold in Deutschland reicht nicht aus, mehr als ein oder zwei Jahre die fälligen Tribute zu bezahlen. Die Schulden können also nicht in bar Geld (dem Papiergeld gilt ja nur in Deutschland), sondern nur in Gütern bezahlt werden. Verlangt man aber die Bezahlung dieser ungeheuren Summen in Gütern, so würde man den geschlagenen Feind zum größten Konkurrenten auf dem Felde des internationalen Handels machen, den die Welt niemals gesehen hat. Sonst wäre er eben niemals in der Lage, diese Summen zu bezahlen. Will dann aber der Schuldner das andere Land mit seinen Gütern überflutet werden, so würden Zollmauern aufgerichtet, um ihn daran zu verhindern. Norman Angell macht den inneren Widerspruch dieser Lage dadurch klar, daß er ihn überträgt auf einen Streit zwischen zwei afrikanischen Stämmen. Er sagt: Ein afrikanischer Stamm fordert Schadenersatz von einem anderen besiegten Stamm dafür, daß dieser ihm Vieh oder Güter gestohlen hat. Und er fordert von dem Besiegten: du mußt von jetzt ab helfen, unsere Leute zu ernähren und zu bekleiden. Aber wir werden uns weigern, irgendetwas zu nehmen, das für Ernährung oder Kleidung gebraucht werden kann, damit unsere eigenen Produzenten nicht zum Leiden kommen. Jedes Kind könnte einsehen, daß eine solche Forderung Unsinn wäre. Hätte man aber diese einfache Wahrheit von Anfang an beachtet, dann würde das Elend der letzten 10 Jahre: Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Stillstand, Verluste in einer Größe, die sich nur mit den Verlusten des Krieges vergleichen ließen, nicht geschehen sein. Es ist äußerst unwahrscheinlich, so sagt Norman Angell, daß wir auch schon jetzt die Tatsachen genügend erfasst haben, sonst müßten wir ja nicht bloß für Verhinderung der Schuldzahlung, sondern für etwas, was dem vollständigen Streichen der Schulden ganz nahe kommt,

bereit sein. Dies scheint aber weder Frankreich noch Amerika wirklich ins Auge zu fassen.

Was sei nun die Folge? Etwa ein neuer Krieg? Könnten die Briten nicht einfach dem Beispiel Deutschlands folgen und sagen, es tut uns leid, wir können nicht bezahlen? Was könne denn Amerika mit seiner Seemacht tun? Wenn man auf solche Weise den Zahlungsunfähigkeit zur Zahlung zwingen könnte, warum würde denn die Macht nicht gegen Deutschland angewendet? Frankreich hätte das ja schon versucht durch die Ruhrbesetzung. Hätte das etwa die Zahlung nähergebracht? Ja, heißt es, aber wenn Amerika gegen uns Krieg führte, so würde es Kanada nehmen. Jawohl, sagt Norman Angell bitter, wir besitzen Kanada gegenwärtig, haben aber dort ebensoviel zu sagen wie in Argentinien oder Sibirien. Wir besitzen einen fünften Teil der Welt und einen vierten ihrer Bevölkerung, und dabei sind wir am Ende unseres Woges, wenn es gilt, ein paar Millionen Pfund herauszuschlagen zu Besten unserer 2½ Millionen Arbeitslosen. Während des Krieges hat unsere Presse immerfort gesagt, durch den Sieg würden wir Deutschland seinen Handel wegnehmen. Wo ist nun dieser weggenommene Handel? Hat der Sieg uns etwa befähigt, Deutschlands Konkurrenz auszuschalten? Hat das deutsche Volk aufgehört zu arbeiten oder seinen Handel in allen Winkeln der Welt zu treiben?

„Wenn wir so fortfahren, die elementarsten Irrtümer und Verwirrungen weiter aufrecht zu halten, Forderungen zu stellen, die unmöglich zu erfüllen sind und dann, wenn sie nicht erfüllt sind, uns gegenseitig bittere Vorwürfe zu machen, dann wird unsere Zivilisation zu einem Chaos werden. Norman Angell sieht also die eigentliche Not darin, daß dem britisch-amerikanischen Durchschnittsbürger in der Schule wohl ein großes Wissen über alle möglichen Gebiete: Geographie, Geschichte, Astronomie, Sprachen und dergleichen beigebracht werde, daß er aber bezüglich der allereinfachsten Wahrheiten des Wirtschaftslebens in geradezu erschütternder Unwissenheit gehalten werde. Der Kontrast zwischen der gewaltigen Größe der Aufgaben und Ziele, welche mit den Tatsachen des Wirtschaftslebens zusammenhängen und der Kenntnis bzw. Unkenntnis dieser Tatsachen sei geradezu komisch und tragisch zugleich.“

Norman Angell verfährt hier wie fast immer rein rational. Er überseht, daß hinter dem Nichtwissen auch ein Nichtwissen-Willen steckt, das aus der Selbstsucht stammt. W-m.

Kirchliche Präliminarien

zur Abrüstungskonferenz.

Vom 1. bis 5. September findet in der Universität Cambridge eine internationale Konferenz des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen statt, die dem Thema „Die christl. Haltung gegenüber dem Weltfrieden“ gewidmet sein wird. Die Delegierten von 33 Landesvereinigungen des Weltbundes werden daran teilnehmen. Der deutschen Abordnung gehören u. a. an: Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons, Geh. Rat Professor Dr. Dr. Titius und Prof. Dr. Siegmund-Schulze-Berlin, Prof. Dr. Stählin-Münster, sowie eine Gruppe von 8 deutschen Jugendführern. Ueber das Thema „Abrüstung, eine sittliche Forderung“ spricht der Bischof von Plymouth, über „Abrüstung und nationale Sicherheit“ Prof. Donnedieu de Vabres-Paris, über das Thema „Freiheit und Grundrechte“ (einschließlich der Minderheitsrechte) der ehemalige Reichsgerichtspräsident Prof. Dr. Dr. Simons und der orthodoxe Bischof von Rodos. In einer öffentlichen Versammlung in der historischen Guildhall, für die

als Vortragender der soeben verstorbene Erzbischof Soederblom vorgesehen war, wird über das Thema „Nationale und internationale Verpflichtung“ u. a. der Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereingung P. Eijse-Berlin sprechen.

Schon vor drei Jahren stand die Abrüstungsfrage auf der Tagesordnung einer großen internationalen kirchlichen Tagung in Prag: die Kirchen wurden aufgerufen, ihren sittlichen Einfluß dazu zu verwenden, daß die Regierungen beschleunigt die internationalen Abmachungen treffen, die zur Abrüstungsbefähigung gemäß dem Völkerbundspakt und zur Schaffung eines allgemeinen Schiedsgerichtssystems notwendig sind. Seitdem ist von den Kirchen der einzelnen Länder weitergearbeitet worden. Jetzt sind die Kräfte auf die Weltabrüstungskonferenz des kommenden Frühjahrs konzentriert. Eine Reihe von Kirchen haben in jüngster Zeit Aufrufe erlassen, die der Bildung einer öffentlichen Meinung für die sittlichen Gedanken der Abrüstung dienen sollen. Ganz bestimmte Forderungen erhebt der amerikanische Kirchenbundesrat in einer Eingabe an den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Die amerikanische Politik solle auf der Abrüstungskonferenz auf die folgenden Ziele gerichtet sein: unaufhörliche Betonung der sittlichen Verpflichtungen, die sich aus dem Friedenspakt ergeben, Einschränkung und fortschreitende Reduzierung der militärischen Budgets, sofortigen Verzicht auf Vorbereitungen und Gelbwilligungen für die Verwendung von Giftgasen und Bazillen im Krieg, endlich Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission, die die Durchführung der Abrüstungsverträge überwachen soll.

Innere Mission und Evangelische Heimstätten-Gesellschaft.

Die „Reformation“ schreibt: Der Zusammenbruch der Deutschen Evangelischen Heimstätten-Gesellschaft (Devahem) und der Deutschen Entschuldigungs- und Zweckparaktiengesellschaft (Deuzag) ist ein schwerer Schlag für die Innere Mission und die evangelische Kirche. Es war ohne Zweifel ein guter und gesunder Gedanke, den Wohnungsbau zu fördern. Der alte Vater Bodellswing hat mit seiner Gesellschaft Eigenheim vielen großen Dienst getan und das christliche Familienleben nachhaltig gefördert. Der erste Deutsche Evangelische Kirchentag in Bethel-Bielefeld hat den Finger auf die Wohnungsnot gelegt und zur Abhilfe aufgerufen. Mit Recht hat daher der Zentralschuss für Innere Mission in Verbindung mit anderen gleichgerichteten Vereinigungen die obgenannte Gesellschaft gegründet. Das Vertrauen zur Inneren Mission hat dazu geholfen, daß die Devahem eine glänzende Entwicklung nahm. Aber die Geschäftsleitung war nicht in den rechten Händen. Man war nicht vorsichtig genug in der Verwaltung der anvertrauten Gelder, insbesondere in der Kreditgewährung und konnte schließlich den Bauparern die zugesagten und vertragmäßig auszuführenden Summen nicht zuführen. Der Zusammenbruch war da. Die mit der Devahem verbundene andere Gesellschaft litt unter den gleichen Fehlern und beschleunigte das Unheil. Die Mitteilung, die jetzt an die Bauparner erging, erregte begreiflicherweise ein allgemeines Erschrecken. In den letzten Kreisen aber war man sich bewußt, welchen Schaden es anrichten müßte, wenn die über ganz Deutschland gestreut wohnenden evangelischen Bauparner in ihrem Vertrauen zur Inneren Mission getäuscht würden. Es wurde daher unter Leitung von Generalsuperintendent D. Dibelius ein Hilfsausschuß gebildet, um den

Schaden abzuwenden. Die Anstalten und Vereine der Inneren Mission bilden eine Notgemeinschaft, die für den Schaden aufkommen soll. Die Devahem wird mit einer anderen großen Bauparkasse, der Zentral-Bauparkasse in Berlin, verbunden. Der Zentralschuss, auf den in erster Linie die Verantwortung fällt, wird große Opfer bringen. Selbstverständlich sind die leitenden Persönlichkeiten der genannten Gesellschaften entfernt. Treuhänder haben die Führung der Geschäfte an Stelle der bisherigen Leiter übernommen. Ein Untersuchungsausschuß ist vom Zentralschuss eingesetzt. Leider scheinen Zeitungsberichten zufolge noch schlimmere Verfehlungen vorzuliegen, als man im Anfang annahm. Der Staatsanwalt hat eingegriffen, weil Wechselstempelungen vorgenommen sein sollen. Es ist selbstverständlich, daß nunmehr alles geschehen wird, um die Reinlichkeit in Geldgeschäften und das Sachverständnis in wirtschaftlichen Dingen zu Ehren zu bringen. Kirche und Innere Mission müssen darin mit gutem Beispiel vorangehen.

„In keinem Punkte standesunwürdig“.

Der Stein gegen die wegen Vergehens gegen § 218 unter Anklage stehende Stuttgarter Ärztin Frau Dr. Jacobowitz-Kienle war bekanntlich dadurch ins Rollen gekommen, daß der zweite Vorsitzende der Württembergischen Ärztekammer, Sanitätsrat Dr. Neunhöffer, Frau Kienle wegen fahrlässiger Körperverletzung (nicht wegen Abtreibung) angezeigt hatte. Dr. N. war damals von einem Stuttgarter Frauenarzt in dessen Operationszimmer gerufen worden, um sich über den Zustand einer von Frau Dr. Kienle eingelieferten Patientin zu unterrichten, bei der dieser Frauenarzt nach seinen Angaben einen schweren Kniefehler festgestellt hatte, nämlich eine fahrlässige Körperverletzung unter Außerachtlassung einer Berufspflicht, bei der mit dem Tode der Patientin zu rechnen war. Dr. N. übernahm die Sache mit Einverständnis seines Kollegen den ordentlichen Gerichten und wurde daraufhin bei dem Ehrengericht der Württembergischen Ärztekammer wegen standesunwürdigen Verhaltens verklagt. — Nunmehr ist der Spruch des Ehrengerichtes ergangen: hiernach war in keinem Punkte ein standesunwürdiges Verhalten des Dr. Neunhöffer festzustellen und daher das Verfahren vor dem Ehrengericht einzustellen. In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß es niemals als standesunwürdig angesehen werden könne, wenn ein Arzt von einer strafbaren Handlung eines Kollegen Kenntnis erhält und diese bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige bringt, sofern nur die Anzeige nicht leichtfertig erstattet ist. Selbst wenn Dr. N. sich bewußt war, daß diese Anzeige auch die Untersuchung wegen Abtreibung in diesem und in anderen Fällen zur Folge haben konnte, so brauchte er keine Bedenken zu haben, da auch die Abtreibung nach dem geltenden Gesetz eine strafbare Handlung sei. — Es ist zu begrüßen, daß der charaktervolle Arzt aus der Prüfung der Angelegenheit durch die oberste ärztliche Landesvertretung vollauf gerechtfertigt hervorgegangen ist.

Schiele und Brandes bei Hindenburg.

— Berlin, 30. Juli.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, zum Vortrag über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft im Ostgebiet. An der Besprechung nahm auch der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, teil.

Eberhard Dennert

zum 70. Geburtstag am 31. Juli.

Eberhard Dennerts Namen und sein vielseitiges Wirken dürfte vielen Lesern unseres Aufwerts nicht unbekannt sein. Er ist — das wir's kurz sagen — Apologet, und zwar in dem Sinne, daß er bemüht ist, die Vereinbarkeit der gesicherten Resultate der Naturwissenschaft mit einer religiösen und christlichen Weltanschauung nachzuweisen. Er hat es sich freilich gefallen lassen müssen, von beiden Seiten als nicht voll angesehen zu werden: von Seiten der Naturforscher wurde er als Reaktionär beurteilt, von Seiten der Christen als einer, der auf Kosten christlichen Glaubensgutes der Wissenschaft zu viel Konzessionen machte. Es ging auch hier um die alte, wohl nie ganz aufzuhebende Spannung zwischen „Glauben und Wissen“. Soviel ist aber gewiß, daß in Dennert ein Mann der Naturwissenschaft, speziell der Biologie, auf den Plan trat, dem auch seine Gegner Unkenntnis nicht vorwerfen konnten und der erklärte, daß er trotz, vielmehr wegen seiner naturwissenschaftlichen Erkenntnisse ein gottgläubiger Mensch sei. Dennerts Lebensarbeit will in der Hauptsache verstanden werden von der geistigen Situation um die Jahrhundertwende aus, jene Lage, wo wieder einmal unter Haeckels und Ostwalds Führung der atheistische Materialismus einen mächtigen Vorstoß machte und Ungesagtes in seinen Bann schlug. In dem heißen Kampf um eine christliche Weltanschauung hat Dennert in der vorerster Linie gestanden. Vielen ist er, sie bezeugen es selbst, ein Wegweiser zur Lösung schwerer innerlicher Konflikte geworden. Dennert ist auch der erste wissenschaftliche Leiter des 1907 begründeten Keplerbundes 13 Jahre lang gewesen, bis ihn schweres Leiden zwang, diese Arbeit in die Hände von Professor Bavinck zu legen. Für die Stellung dieses Bundes in den Fragen der Weltanschauung ist Dennerts Schrift „Weltbild und Weltanschauung“ wohl noch heute richtungsgebend. Ueberaus zahlreich sind Dennerts Schriften und Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Naturwissenschaft, der Pädagogik, der Weltanschauung, am bekanntesten ist wohl das unter

Mitarbeit anderer herausgebrachte „Bolskuniversalllexikon“, das mehrere Neuauflagen erlebte.

Wir grüßen Eberhard Dennert zu dem Tage, wo er 7 Jahrzehnte vollendet und wünschen ihm Gottes Kraft und Licht für seinen Lebensabend. Cremer.

Korntal und Wilhelmsdorf.

Die Brüdergemeinden Korntal und Wilhelmsdorf in Württemberg sind allgemein bekannt. Weniger bekannt sein wird die Geschichte und die Entwicklung dieser Gemeinden, besonders auch nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite hin. Gerade in unseren Tagen, wo Wirtschafts- und Sozialprobleme in einem Maße diskutiert werden, wie nie zuvor, dürfte das von Bürgermeister Dr. Steinle geschriebene Buch über die „Wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Brüdergemeinden Korntal und Wilhelmsdorf“ dem weitesten Interesse begegnen. Dem Leser zu zeigen, um was es sich handelt, drücken wir die Einleitung des Buches hier ab. Das Buch ist bei der Buchdruckerei Korntal erschienen und kostet schon gebunden 5,— M.

Wenn man über die Höhen Stuttgarts hinweg etwa eine Wegstunde weit in nordwestlicher Richtung wandert, trifft man auf die Gemeinde Korntal. Neugierig betrachtet bietet das lieblich an einem Bergabhange am östlichen Rande des Strohgäues, 305 Meter über dem Meere liegende Dorf nicht viel besonderes. Bei näherem Zusehen wird der aufmerksame Beobachter aber bald gewahr, daß Korntal von anderen Dörfern gleicher Größe in verschiedener Beziehung abweicht. Die breiten, teilweise alleebartigen Straßen, die städtische Bauart vieler Gebäude und noch manches andere lassen bald vermuten, daß man hier ein etwas eigenartiges Gemeinwesen vor sich habe. Geht man weiter in den Mittelpunkt des Dorfes, so vermehrt man zunächst die Kirche und das Rathaus. An Stelle der Kirche finden wir einen einfachen Saalbau. Das etwas abseits hinter einem Vorgarten gelegene Rathaus macht den Eindruck eines schlichten Privathauses. Der „Saalplatz“, auf dem wir uns befinden, bietet aber noch andere ungewohnte Eindrücke. Zwei größere, rechts und links des Platzes stehende Gebäude tragen die Bezeichnung „Gemeindegasthaus“ und „Gemeindehandlung“. Oben wird der Platz begrenzt durch das „Töchterinstitut“. Schon

auf dem Wege vom Orseingang oder vom Bahnhof her kommt man an zwei stattlichen Gebäuden, der „Lateinschule“ und dem „Großschülerheim“, ferner an dem „kleinen Gemeindegasthaus“ vorbei und links sieht man das „Kleinschülerheim“ liegen. Auf einem Rundgang durchs Dorf trifft man noch auf verschiedene andere Besonderheiten. Einen eigenartigen Eindruck machen auf jeden Beschauer die beiden im Verhältnis zur Gemeinde sehr großen Friedhöfe, der alte und der neue, und den langen, nur auf dem neuen Friedhof da und dort unterbrochenen Reihen durchweg gleicher und ganz einfacher Grabsteine aus Sandstein. Einem alten Grundbesitz entsprechend, werden seit dem Bestehen der Gemeinde die Toten nicht ausgegraben, daher die großen Friedhöfe. An der Peripherie der Gemeinde finden wir noch andere, nicht alltägliche Einrichtungen, so das städtische, architektonisch hervorragende Gebäude des „Altersheims“, das „große“ und das „kleine“ Waisenhaus und anderes. In ihrer Gesamtheit verleihen alle diese eigenartigen Gebilde der Brüdergemeinde, die wir hier vor uns haben, ein ganz besonderes Gepräge.

Diese schon äußerlich erkennbare Besonderheit und Eigenart der Brüdergemeinde, ihre Unterscheidungsmerkmale gegenüber anderen Gemeinden, ihr Wesen und ihre grundsätzliche Bedeutung können nur im Zusammenhang mit ihrer ebenso eigenartigen Entstehungsgeschichte richtig beurteilt werden.

Die Gemeinde Korntal ist die jüngste Gemeinde des Oberamtsbezirks Leonberg und wohl auch eine der jüngsten des Landes Württemberg. Zwar stand an ihrer Stelle schon seit mindestens 6 Jahrhunderten ein großes Rittergut. Die Gemeinde wurde aber erst 1819 gegründet. Sie ist nicht wie andere Gemeinden entstanden, sondern stellt ein ausgeprochenes Zweiggebilde dar, eine Art Emigrantenkolonie in der Heimat. „Schwaben, die nicht auswanderten“*) wohnen einst hier, Menschen, die der Geist der Aufklärung und des „Rationalismus“, der am Anfang des 19. Jahrhunderts auch in Württemberg

*) Bgl. hierzu Besche: „Schwaben, die nicht auswanderten.“ „Das Land“, Organ des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, 25. Jahrgang, 1916, S. 371 ff. und daselbst, 26. Jahrgang, 1917, S. 26.

Vorbere

Nach der f
kabinett logle
Sanierung er
Jerner dürfte
nis der neuen
präsidenten M
henderfon befo
schuß der Reie
Sitzungen ab
herstellung ein
grund stand.

In den
wird immer r
sich der engl
nister hätten
Lage machen
der Ueberzeug
menarbeiten d
jetzigen, auch
hinwegzufom
die internation
zunächst mit d
Tagung des
würden.

Der engl
mäßig dazu
damit habe e
international
verlaute, steh
handele sich
ten, die die
erwarteten.

Volle

Im Mittel
nächsten Tage
verkehrs, die b
nun darauf a
die sich aus d
Stöckung im 3
Unterbindung
nicht generell
zu der primiti
Spartassen gel
betont, daß m
entgegenkomme

Bei den S
eine Rolle, ob
b e f ä n d e
über ob sich n
empfehl. Auf
bereits mit der
über die Anga
eingeleitet. We

W

Wenn man
suchs der engl
reife des am
schönen kann,
diese Besuche
lassen haben, n
die Sieben-Mä

immer tiefer ei
auswandern n
kirchlicher und
nicht mehr „Go
und fanden sie
in aller Wäld
und der Aufrie
reiches“ ungest
konnten.

Denselben
sche Ideen ver
gegründete ob
Entstehung. S
stellt eine Toch
jeher viel Geme

Wie die Ent
geschichte diese
und sozialwiss
ungemein inter
folgenden Unte
dabei Korntal
deshalb, weil
dieselben Sym
deshalb, weil
kolonialisatorische
suche sich etwa
wie jede ander
wenige Besond
oberflächliche

Seit Schna
gen**) wird bei
Entwicklung u
durchgeführt
Die folgenden
den von diese
Verfasser in e
wirtschaftsgesch
tatsachen aufzu
ferer beiden r
scheidend bestim

**) Gottlieb
Hohen Taunus,
Börsungen, 4. 2

Organisierte Selbsthilfe.

Vorbereitung neuer Maßnahmen zur inneren Sanierung.

— Berlin, 30. Juli.

Nach der Abreise der englischen Gäste nahm das Reichskabinett sogleich die Verhandlungen über die zur inneren Sanierung erforderlichen neuen Maßnahmen wieder auf. Ferner dürfte sich das Kabinett mit dem politischen Ergebnis der neuen Besprechungen mit dem britischen Außenminister Henderson besetzt haben. Auch der wirtschaftspolitische Ausschuss der Reichsregierung hielt den ganzen Tag über Sitzungen ab, wobei insbesondere die Frage der Wiederherstellung eines normalen Zahlungsverkehrs im Vordergrund stand.

In den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen wird immer wieder unterstrichen, mit welcher Herzlichkeit sich der englische Besuch abgepielt hat. Die englischen Minister hätten sich ein Bild von der Wirklichkeit der deutschen Lage machen können, und seien von diesen Eindrücken in der Ueberzeugung befestigt worden, daß ein enges Zusammenarbeiten der Hauptmächte notwendig ist, um über den jetzigen, auch für die anderen Länder gefährlichen Zustand hinwegzukommen. Man könne deshalb darauf rechnen, daß die internationale Aussprache fortgesetzt werde, und zwar zunächst mit den Franzosen, die wahrscheinlich noch vor der Tagung des Völkerrates nach Berlin kommen würden.

Der englische Besuch hatte zunächst rein stimmungsmäßig dazu beigetragen, das Vertrauen zu stärken, und damit habe er zweifellos auch eine gewisse Wirkung auf die internationalen Stillhalteverhandlungen ausgeübt. Wie vertauselt, stehen diese Verhandlungen durchaus günstig. Es handelt sich jetzt nur noch um gewisse finanzielle Garantien, die die Kreditgeber für die Sicherheit ihrer Gelder erwarten.

Volle Auszahlung ab Montag?

Im Mittelpunkt der Kabinettsberatungen steht in den nächsten Tagen das Problem der Freigabe des Zahlungsverkehrs, die bekanntlich für Montag geplant ist. Es kommt nun darauf an, Uebergangsschwierigkeiten zu vermeiden, die sich aus der plötzlichen Aufhebung der gegenwärtigen Störung im Zahlungsverkehr ergeben könnten. Da sich eine Unterbrechung zwischen Sparten und laufenden Konten nicht generell durchführen läßt, wird man möglicherweise zu der primitiveren Differenzierung zwischen Banken und Sparkassen gelangen. In Regierungskreisen wird jedoch betont, daß man auch den Sparkassen soweit wie möglich entgegenkommen will.

Bei den Selbsthilfemaßnahmen spielt u. a. die Frage eine Rolle, ob es zweckmäßig ist, unsere Devisenbestände willkürlich und ungeregelt ausgeben zu lassen oder ob sich nicht eine systematische und sparsame Kontrolle empfiehlt. Auf diesem Gebiet hat das Reichskabinett ja bereits mit der vor einigen Tagen erlassenen Verordnung über die Abgabe von Devisenbeständen seine Maßnahmen eingeleitet. Weiter bedarf in der nächsten Zeit

Was soll werden?

— Berlin, 30. Juli.

Wenn man jetzt den politischen Ertrag des Gegenbesuchs der englischen Staatsmänner und der Deutschlandreise des amerikanischen Staatssekretärs Stimson abschätzen kann, kommt man sehr bald zu der Feststellung, daß diese Besuche die Dinge in allen wesentlichen Punkten so belassen haben, wie sie sich in London gestaltet hatten. Hat die Sieben-Mächte-Konferenz Deutschland auf den Weg der

immer tiefer eindringt, hierher getrieben hat, weil sie nicht auswandern wollten. Sie glaubten, unter dem Druck kirchlicher und staatlicher Einschränkungen ihr Leben nicht mehr „gottgefällig“ führen zu können. Hier suchten und fanden sie ein Asyl, wo sie der nach ihrer Meinung in aller Eile zu erwartenden „Wiederkunft des Herrn“ und der Aufrichtung seines „Tausendjährigen Reiches“ ungehindert durch äußere Einflüsse entgegengehen konnten.

Denselben apokalyptischen Hoffnungen und chiliastischen Ideen verdankt auch die wenige Jahre später, 1824, gegründete ober-schwäbische Gemeinde Wilhelmsdorf ihre Entstehung. Sie ist nicht selbständig geworden, sondern stellt eine Tochtergründung Korntals dar, mit dem sie von jeher viel Gemeinsames hat.

Wie die Entstehung, so enthält auch die Entwicklungsgeschichte dieser beiden Gemeinwesen für die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Betrachtung eine ganze Reihe ungemein interessanter Objekte, deren Erforschung die folgenden Untersuchungen gewidmet sein werden. Wenn dabei Korntal im Vordergrund steht, so in erster Linie deshalb, weil Korntal als Muttergemeinde fast durchweg dieselben Symptome und Probleme aufweist und auch deshalb, weil Wilhelmsdorf nach einer kurzen Periode kolonialistischer Betätigung und gesellschaftlicher Versuche sich etwa seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wie jede andere Gemeinde entwickelt hat und nur noch wenige Besonderheiten gegenüber dem Typ einer kleinen ober-schwäbischen Landgemeinde aufweist.

Seit Schnapper-Andts bahnbrechenden Untersuchungen**) wird bei der Erforschung der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung von Dorfgemeinden häufig die von ihm durchgeführte „miniaturstatistische“ Methode angewandt. Die folgenden Betrachtungen und Untersuchungen weisen von dieser Uebung grundsätzlich ab, weil es dem Verfasser in erster Linie wichtig erschien, die größeren wirtschaftsgeschichtlichen Zusammenhänge und die Grundtatsachen aufzuzeigen, die den Gang der Entwicklung unserer beiden württembergischen Brüdergemeinden entscheidend bestimmten.

**) Gottlieb Schnapper-Andt, Fünf Dorfgemeinden auf dem hohen Taunus, Schmollers Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, 4. Bd., 2. Heft, Leipzig 1883.

die Lage der Gemeinden

besonderer Aufmerksamkeit, da auch sie sich in den letzten Wochen finanziell außerordentlich zugespitzt hat. In unterrichteten Kreisen unterstreicht man mit Befriedigung als Erfolg der internationalen Verhandlungen der letzten zehn Tage, daß noch eine starke Beruhigung geschaffen worden ist, die es ermöglicht, nun zunächst die Maßnahmen durchzuführen, die von innen her die Gesundung unserer wirtschaftlichen Lage herbeiführen sollen.

Rundgebung der Industrie.

Für schnelle Rückkehr zum normalen Zahlungsverkehr und gegen die überflüssige Härte.

Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielten unter dem Vorsitz Abg. Froewins in Berlin eine außerordentliche Sitzung ab, die aus allen Teilen des Reiches stark besucht worden war. Die Beratungen wurden eingeleitet durch Berichte Silberbergs und des Geheimrats Rastl.

Unter einstimmiger Zustimmung der Industrieführer kritisierte Silberberg die Finanzgebarung und Kreditpolitik der letzten Jahre aufs schärfste und machte diese Politik zu einem guten Teil für die heutigen Zustände verantwortlich. Die von der Industrie seit langem vorgeschlagenen Maßnahmen zur Konsolidierung der kurzfristigen Verschuldung müßten jetzt schleunigst durchgeführt werden.

Sparfamste Wirtschaftsführung in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung sei unerlässlich.

Der Bericht des Geheimrats Rastl gab vor allem einen Ueberblick über die Verhandlungen mit der Reichsregierung und den Banken.

Den Referaten folgte eine sehr lebhafte Aussprache, in der alle Redner einmütig gegen die bisherige Regelung des Zahlungsverkehrs protestierten. Lasse sich ein hoher Diszontsatz für eine kurze Uebergangszeit nicht vermeiden, dann müsse dabei jedoch jede übertriebene Härte unterbleiben. Ferner verlange die Wirtschaft angesichts der weitgehenden Schrumpfung des Produktionsprozesses Schutz vor neuen untragbaren Lasten. Die Rückkehr zum normalen Zahlungsverkehr müsse so schnell wie möglich erfolgen. Im Zusammenhang damit sei auch eine vorläufige Bewirtschaftung des Devisenbestandes und ein Ausfuhrungsverbot für Banknoten nicht zu vermeiden.

Die Verordnung über die Erhebung einer Ausreisegeldgebühr wurde entschieden abgelehnt; von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie diese inzwischen durchgeführte Verordnung baldigst wieder aufhebt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen beschäftigten sich Präsidium und Vorstand noch mit der Aktienrechtsreform, mit Vorschlägen zur Beseitigung der Hauszinssteuer und mit dem Plan einer einheitlichen Verteilung der Lohn- und Gehaltszahlungen. Abg. Froewins teilte mit, daß die angeschlossenen Verbände in einem Rundschreiben vor jeder Verschärfung der Geschäftsbedingungen, insbesondere auch vor Fakturierungen in Goldmark oder Auslandswährung gewarnt werden sollten.

Selbsthilfe verweisen, dann haben unsere angelegentlichsten Gäste diese Notwendigkeit noch dadurch unterstrichen, daß Staatssekretär Stimson demonstrativ sein Zutreten „zu Deutschland und seinem Volk, seinen Hilfskräften und seiner Zukunft“ betonte und Ministerpräsident Macdonald sich sehr anerkennend über die Qualitäten des deutschen Volkes sowie seine wirtschaftliche und finanzielle Stärke äußerte und ferner seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck gab, daß Deutschland auch diesmal aller Schwierigkeiten Herr werden wird.

Es verbleibt also dabei, daß wir uns aus eigener Kraft Luft machen müssen. Enttäuschung wird dieser Verlauf der angelsächsischen Staatsvisite in Berlin nirgends hervorgerufen können. Denn hätte in den letzten Tagen überhaupt noch die Möglichkeit einer schnellen internationalen Hilfsaktion bestanden, dann hätte sich das bereits in London gezeigt. Was aber in London anscheinend des großen Ministertreffens nicht heranreifen wollte, das konnte natürlich wenige Tage später Macdonald und Stimson nicht plötzlich als reife Frucht in den Schoß fallen.

Die Bedeutung, die trotz des so verengten Rahmens dem Besuch der englischen Ministerpräsidenten und des amerikanischen Staatssekretärs zukommt, ist ausschließlich auf dem Gebiete der politischen Psychologie zu suchen. Glauben England und Amerika, über die Auslegung der Tributzahlungen — die übrigens viel zu lange von uns erpreßt worden sind — und den Verzicht auf die weitere Zurückziehung der in Deutschland angelegten Gelder hinaus gegenwärtig nichts unternehmen zu können, dann haben sie andererseits doch mindestens ihre Unparteilichkeit in dem großen Prozeß der deutsch-französischen Auseinandersetzung sichtbar machen wollen. Dieser Zweck ist mit den Reisen nach Berlin erreicht worden, und für die, für die es noch deutlicher Beweise bedurfte, prägte Macdonald das Wort, die Zeit für Allianzen sei für England ein für allemal vorbei. Das bedeutet, daß England es satt hat, weiterhin zu seinem Schaden Seite an Seite mit Frankreich zu stehen, aber es sagt andererseits auch nicht, daß nunmehr Deutschland in England einen eifrigen Sekundanten gewinnen wird.

Nun ist natürlich der Prozeß der deutsch-französischen Auseinandersetzung von einer solchen Bedeutung für die Gesamtheit der europäischen Staatenwelt, daß kaum eine Macht dieser Entwicklung uninteressiert zuschauen kann, am allerwenigsten England und Amerika, die beide außerordentlich viel in Europa zu verlieren haben. England und die Vereinigten Staaten werden daher nach und nach von ihrer „Unparteilichkeit“ insoweit abgehen müssen, als es notwendig ist, um ihre materiellen Interessen, die eine dauerhafte Stabilisierung der europäischen Verhältnisse bedingen, zu wahren. Und das eröffnet einen Lichtblick in dieser ersten Zeit. Denn daß diese Festigung nicht mehr dadurch zu erreichen ist, daß man denen, die Neigung und Talent dazu haben, die Ausbeutung der deutschen Notlage gestattet, ist inzwischen auch in Lon-

don und Washington erkannt und von diesen Mächten, wie es ihre Politik in London illustrierte, beherzigt worden. Man darf daher hoffen, daß der Besuch Macdonalds und Stimons in Berlin die angelsächsischen Erkenntnis von der Unfruchtbarkeit der alten Methoden noch vertieft hat.

Wenn es somit keineswegs an Momenten fehlt, die eine fröhliche Fortentwicklung der internationalen Politik erhoffen lassen, so ändert das andererseits doch nichts daran, daß wir hinsichtlich der deutschen Finanzkrise zunächst ausschließlich auf uns selbst rechnen können. Hierbei kommt uns zufluten, daß durch die Auslegung der Tributzahlungen und durch die Bildung eines Stillhaltekonfortiums unser schwer erschüttertes Haus vorläufig einen Stützpunkt erhalten hat. Viel ist es nicht, und letzten Endes haben wir damit nur Zeit gewonnen, um die Umstellung von der Politik der Aufnahme ausländischer Gelder auf die der Begrenzung der Kreditnahme, wie sie durch die drückenden Zinsläge übrigens ohne weiteres gegeben ist, geordnet durchzuführen.

Daß dieser Prozeß sehr schmerzhaft werden wird und daß im Fortgang dieser Liquidierung von uns allen neue Opfer verlangt werden, darauf müssen wir uns jetzt vorbereiten. Freilich geben die Leistungen, wie sie alle Bevölkerungsschichten in bewundernswerter Disziplin bereits vollbracht haben, dem deutschen Volk auch ein Recht darauf, daß es mit jeder Maßnahme, die nicht absolut notwendig ist oder zu deren Durchführung kein Anlaß mehr besteht, verschont wird. Die Größe der Aufgabe, die uns jetzt gestellt ist, bedingt ferner das Zurücktreten aller Sonderinteressen. Wenn je in den letzten Jahren, dann ist jetzt der Augenblick gekommen, da wir uns alle in eine Einheitsfront einreihen und so eine Notgemeinschaft von Regierenden und Regierten bilden müssen.

Großes steht auf dem Spiel. Es geht nicht nur um die Wiederherstellung des freien Zahlungsverkehrs, wie er wirtschaftlich notwendig ist, sondern es geht darum, eine Plattform zu schaffen, von der Deutschland einen neuen Aufstieg antreten und gesichert in neue internationale Verhandlungen über die Endlösung der Tribute und die Durchführung der Abrüstung eintreten kann.

Zu erwarten ist die Wiederaufnahme der internationalen Verhandlungen frühestens für den Herbst. Aber auch dann werden wir gut daran tun, wenn wir unsere Anstrengungen nicht so sehr auf die Erlangung einer neuen Auslandsanleihe richten, als vielmehr darauf, die Tribute und die Abrüstungsfrage einer endgültigen Lösung zuzuführen. Der Anleihebedarf Deutschlands ist in der jetzigen Lage eine auf die Reichspolitik gelegte Hypothek! Je mehr wir daher durch eine mutige Selbsthilfe den Bedarf an Auslandsgeld verringern, um so bessere Aussichten eröffnen sich für die Beseitigung der letzten Ursache aller unserer Not. Was hat Deutschland schließlich von einer ausländischen Finanzhilfe zu erhoffen, wenn Frankreich, wie es heißt, selbst die letzten Kreditverhandlungen der Bank von England durch politische Forderungen belastet und sie so nur den Erfolg gebracht hat? Starren wir daher nicht mehr wie gebannt auf die ausländischen Finanzplätze, als ob uns von dort Rettung kommen könne. Erforderlich ist jetzt die Durchführung eines großzügigen Planes nationaler Selbsthilfe, der uns ohne die Hilfe des Auslandes über die nächsten Schwierigkeiten hinwegführt.

Rückgang der Reichseinnahmen

Im ersten Vierteljahr des neuen Etatsjahres bleibt das Aufkommen rein rechnerisch um 433 Millionen Mark hinter dem Soll zurück.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht über die Entwicklung der Reichseinnahmen im ersten Vierteljahr des neuen Etatsjahres. Danach bleibt das Gesamtaufkommen an Steuern und Zöllen in den Monaten April, Mai und Juni 1931 mit 1807,9 Millionen Mark rein rechnerisch beträchtlich um 433,85 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurück. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in dem Haushaltsjahr Einnahmen veranschlagt sind, die, wie zum Beispiel die Einkommen- und die Aufbringungsumlage, erst in den kommenden Monaten des Rechnungsjahres fließen werden. Aus dem bisherigen Aufkommen Schlüsse auf die künftige Entwicklung der Staatseinnahmen zu ziehen, wäre daher, so heißt es in der amtlichen Mitteilung, verfrüht. Im Juli, also im vierten Monat, sind die Reichseinnahmen geradezu katastrophal zurückgegangen. Abhilfe erwartet man nun von den hohen Verzugszahlungen.

Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen.

Die Zahl der in öffentlicher Fürsorge der Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen ist im Juni wieder gestiegen, nachdem sich im Mai der erste geringe Anstieg eines Rückganges gezeigt hat. Nach der Erhebung des Preussischen Statistischen Landesamts vom 30. Juni 1931 sind in Preußen bei den Bezirksfürsorgeverbänden 718 065 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden, gegenüber 707 669 am Ende des Vormonats, so daß sich eine Zunahme um 10 396 Wohlfahrtserwerbslose oder 1,5 v. H. ergibt. Berücksichtigt man auch die vom Arbeitsamt nicht anerkannten unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen von rund 723 000 Ende Mai auf 732 000 Ende Juni angewachsen.

Will England noch Kredit?

Frankreich von der Unterbrechung der Verhandlungen überrascht.

— Paris, 30. Juli.

Die plötzliche Unterbrechung der Verhandlungen zwischen der Bank von England und der Bank von Frankreich, die sich um die Bereitstellung eines französischen Kredits in Höhe von 400 Millionen Mark dreht, hat in Paris größte Ueberraschung hervorgerufen.

Der „Matin“ forsch den Gründen für die unerwartete Abreise des englischen Unterhändlers nach und schreibt dazu, offenbar erscheine „gewissen Londoner Finanzleuten“ der Gedanke, auf die Hilfe des Pariser Marktes zurückzugreifen, zum ersten Male seit 1907, so entwürdigend, daß sie jeder anderen Art Kombination den Vorzug geben würden. Vor allem sähen sie es wahrscheinlich lieber, wenn die Bank von Frankreich ihnen, ohne Einschränkung eines offiziellen Kredits, durch tägliche diskrete Vermittlungsdienste helfe. Die Dinge seien aber soweit gediehen, daß



nur ein Kredit, der später durch eine Anleihe zu konsolidieren wäre, der Bank von England ihre Flüssigkeit und Stabilität wieder verleihen könne.

In Pariser Finanzkreisen, so fährt das Blatt fort, herrschten zwei Strömungen: Die eine vertrete die These, daß es sicherer und vorteilhafter wäre, den Londoner Markt zu speisen, um durch Englands Vermittlung Deutschland und dem übrigen Mitteleuropa Kredite zukommen zu lassen. Die Anhänger dieser These beriefen sich hierbei darauf, daß es besser sei, noch eine zweite Unterschrift zu beifügen, wenn es sich um eine Verpflichtung Deutschlands handele. Die andere These gehe dahin, daß der Londoner Markt bereits mit französischem Geld gesättigt sei und es daher besser wäre, andere Kanäle zu wählen, um die Markt zu stützen und den Bankrott Deutschlands zu verhindern. Es wäre absurd, wenn französische Kapitalien weiterhin indirekt und trotzdem doch mit sehr großen Gefahren in Mitteleuropa angelegt würden, ohne daß Frankreich den finanziellen, noch den politischen Nutzen davon habe; denn Deutschland glaube sonst, es erhalte das Geld von irgend anderswoher, nur nicht gerade aus Paris.

Nach einer weiteren Meldung des „Matin“ soll man in Londoner Finanzkreisen allgemein der Ansicht sein, daß angesichts des neuerlich festgestellten Sterlingkurses auf den ausländischen Börsen jedwede Auslandshilfe für die englische Währung zweifellos unnötig sein werde, und aus diesen Gründen glaube man, daß das englische Schahamt gut daran getan habe, keine überreife Entscheidung zu treffen.

Warnung vor dem französischen Gold.

— London, 30. Juli.

Während die französische Presse ihre Ueberrasschung über das Nichtzustandekommen des Anleihegeschäfts mit Frankreich nicht verbergen kann, sind die englischen Zeitungen ansehnlich froh, daß diese Verhandlungen sich zerlagert haben. So schreibt der „Daily Herald“, die Bank von England habe keine Hilfe erbitten und wünsche auch keine Hilfe. Die französischen Meldungen seien nur in die Welt gesetzt worden, um den Kredit Englands zu untergraben.

Nach dieser freimütigen Erklärung ist also nicht mehr damit zu rechnen, daß die Bank von England das Geld, das Frankreich übrigens bereitwilligst — vielleicht unter politischen Bedingungen? — angeboten hat, annehmen wird.

Macdonald an Brüning.

Erster Empfang der Pressevertreter.

— London, 30. Juli.

Der britische Ministerpräsident Macdonald ist von Berlin kommend auf dem Flughafen Hendon bei London gelandet. Bei seiner Ankunft in London von Journalisten befragt, erklärte sich Macdonald von den Besprechungen mit den deutschen Staatsmännern sehr befriedigt. Die Zusammenkunft habe den schönsten Erfolg gezeitigt. Es sei über alles gesprochen worden: Frieden, Wirtschaft, Abrüstung und alle Fragen, die sich darauf bezögen. Mehrere Etappen seien noch zurückzulegen. Das erste sei, auf den Bericht der Bankfachverständigen zu warten, was sehr wichtig sei. Während des Heimflugs sandte Ministerpräsident Macdonald vom Haag ein Abschiedstelegramm folgenden Wortlauts an Reichkanzler Brüning:

Bis hierher auf meiner Rückreise gelangt, möchte ich, ehe ich den Kanal überquere, Ihnen versichern, wie sehr mich der herzliche Empfang, den Sie mir bereitet haben, erfreut hat und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß diese Zusammenkunft dem Fortschritt und dem Frieden Europas dienen möge.

Außenminister Henderson hatte an den Reichsaußenminister Dr. Curtius ein Telegramm nach Berlin geschickt.

Offener Brief an Amerika.

Appell der Steuern-Gesellschaft. — Die Streichung der Tribute das einzige Mittel zur Ueberwindung der Weltnot.

Die deutsche Steuern-Gesellschaft, die das Andenken an den großen Deutschamerikaner Friedrich Wilhelm von Steuben wachhält, hat der amerikanischen Presse einen Offenen Brief an das amerikanische Volk und seinen Präsidenten Hoover übergeben, in dem es heißt:

„Die Ereignisse in Deutschland haben der Welt offenbar gemacht, daß die unerfüllbaren Tributlasten nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt bedrohen. Soll mit Deutschland nicht die Welt der Gefahr des Bolschewismus ausgeliefert werden, dann muß das Reparationsystem verschwinden.“

Sieben erreicht uns die Nachricht, daß am 25. ds. Monats Herr

Missionar

Johannes Ostermeyer

in Heidelberg nach längerem Leiden entschlafen ist.

Der Heimgegangene hat 27 Jahre im Dienste unserer Anstalt gestanden. Als Mitglied ihres Vorstandes und als Leiter ihrer Rassenverwaltung hat er ihr wertvollste Dienste geleistet. Mit unermüdlicher Schaffenskraft und vorbildlicher Treue hat er alle seine Kräfte und Gaben der Förderung unseres Wertes gewidmet.

Wir gedenken des gesegneten Mitarbeiters in großer und bleibender Dankbarkeit.

Bethel, den 29. Juli 1931.

Der Vorstand der Anstalt Bethel.

In beispielloser Selbstdisziplin — nicht in müder Resignation — verharret das deutsche Volk. Nicht Anleihen, nicht Kredite können Deutschland helfen. Sie sind unwirksame Medizin, solange der Krankheitsreger — das Reparationsystem — nicht entfernt ist. Völliger Fortfall der weder moralisch noch sachlich berechtigten Tributlasten ist das einzige Mittel, das die Gefahr für Deutschland und damit für Europa und die Welt bannen kann. Diese einzig mögliche Lösung erwartet das deutsche Volk, und auf dieser Erwartung ist seine Selbstdisziplin aufgebaut.“

Das Schreiben schließt mit einem Appell an das amerikanische Volk, seiner Lösung zuzustimmen, die an der Ursache der deutschen Krise und damit der Weltwirtschaftskrise — nämlich am Tributsystem — vorübergeht. Soll eine Befriedigung Europas und damit eine Ueberwindung der bestehenden Weltwirtschaftskrise eintreten, dann müssen die dem deutschen Volke auferlegten, zu keiner Zeit erfüllbaren Tributlasten fallen.

„Graf Zeppelin“ auf der Rückfahrt.

Heute in Leningrad erwartet.

— Hamburg, 30. Juli.

Nachdem die Funkstation des Luftschiffbaues seit der Nacht von Sonntag auf Montag keine direkte Nachricht von der Funkstelle des „Graf Zeppelin“ erhalten hat, ist jetzt bei der Hamburg-Amerika-Linie eine Mitteilung eingegangen, nach der das Luftschiff am Mittwoch bereits wieder Norwaja Semlja überflogen und von dort Kurs auf Leningrad genommen hat. Das Luftschiff dürfte bereits am heutigen Donnerstag in Leningrad eintreffen.

Zum Volksentscheid!

Der Tag des Volksentscheides über die Auflösung des preußischen Landtages ist der 9. August. Die Abstimmungszeit dauert von 8 bis 17 Uhr. In Orten mit weniger als 1000 Einwohnern kann sie nach Maßgabe der Landeswahlordnung begrenzt werden.

In der Zeit vom 24. Juli bis 3. August liegen die Stimmlisten aus. Es ist notwendig, daß jeder Stimmberechtigte in dieser Zeit nachprüft, ob sein Name in den Stimmlisten verzeichnet ist. In größeren Orten, wie auch hier in Bielefeld und Bethel-Gadderbaum, werden diejenigen, welche in der Liste stehen, durch einen Zettel, auf welchem auch die Nummer in der Wählerliste angegeben ist, benachrichtigt. Wer also diesen Zettel nicht erhält, steht nicht in der Liste und muß sich eintragen lassen. Werden Fehler in der Stimmliste festgestellt, so ist sofort bei der zuständigen Gemeindebehörde der Antrag auf Berichtigung einzureichen.

Stimmberechtigt ist jeder deutsche Reichsangehörige, der am Tage des Volksentscheides das 20. Lebensjahr vollendet hat und im preußischen Staatsgebiet wohnt.

Stimmberechtigte, die sich am 9. August nicht an ihrem Wohnort aufhalten, müssen so bald wie möglich bei ihrer Gemeindebehörde die Ausstellung eines Stimm Scheins beantragen. Mit dem Stimm Schein ist die Stimmabgabe in jedem Abstimmungslokal auf preußischem Gebiet möglich.

Die Abstimmung erfolgt mit Hilfe von Stimmzetteln, die mit einer Rubrik „Ja“ und einer Rubrik „Nein“ versehen sind.

Letzte Meldungen.

Die deutsche Industrie und der Reichsbankpräsident.

— Berlin, 30. Juli. Wie der „Berl. Börsenkurier“ aus Kreisen der süddeutschen Industrie erfährt, kam in der gestrigen Sitzung des Präsidiums und des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie einmütig zum Ausdruck, daß die Industrie dem gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten kein Vertrauen mehr entgegenbringen könne. Ein führendes Mitglied des Präsidiums sei beauftragt worden, dem Reichskanzler von dieser einstimmigen Auffassung der Versammlung Kenntnis zu geben. — An zuständiger Stelle wurde es abgelehnt, diese Mitteilung zu bestätigen und erklärt, daß die Verantwortung dafür dem „Berl. Börsenkurier“ überlassen bleiben müsse.

Deutsche Volkspartei gegen eine große Koalition in Braunschweig.

— Berlin, 30. Juli. Wie die „Nationall. Correspondenz“ im Zusammenhang mit der durch den Rücktritt des nationalsozialistischen Ministers Dr. Franzen in Braunschweig entstandenen Regierungskrise mitteilt, kommt für die Deutsche Volkspartei die Bildung einer sogenannten großen Koalition für Braunschweig unter keinen Umständen in Frage.

Missionar Ostermeyer †.

Wie wir soeben hören, ist am Sonnabend, den 25. Juli, Missionar Johannes Ostermeyer entschlafen. Nachdem er vor einiger Zeit wegen eines Leidens die Heidelberger Klinik hatte aufsuchen müssen, starb er dort im Alter von 76 Jahren infolge eines Gehirnschlages ganz sanft und ohne Todeskampf.

Mit Missionar Ostermeyer ist einer der ältesten Mitarbeiter unserer Anstalten heimgegangen. Ehe er zu uns kam, hatte er als indischer Missionskaufmann und Missionar im Dienste der Baseler Missionsgesellschaft gestanden. Im Sommer 1895 wurde er nach Bethel berufen, um hier die Leitung der Hauptkassenverwaltung zu übernehmen. Ihrer Ausgestaltung und der Fortentwicklung der geschäftlichen Betriebe der Anstalt hat er seine reiche Begabung und Erfahrung gewidmet. Als Mitglied des Anstaltsvorstandes und in manchen anderen Ehrenämtern, insbesondere auch als Gemeindevorsteher des Amtes Gadderbaum hat er am inneren und äußeren Aufbau unserer Gemeinde mitgewirkt.

Seines vorgeschrittenen Alters wegen trat er am 1. August 1922 in den Ruhestand. Er siedelte nach Karlsruhe über und übernahm dort, weil er nicht untätig sein mochte, die Rechnungsführung des Badischen Landesvereins für Innere Mission. Als er dieses Amt in andere Hände legen konnte, hat der unermüdbare Mann noch den pfarramtlichen Dienst in einer verwaisten Gemeinde auf dem Badischen Schwarzwalde übernommen und bis zuletzt weiter geführt. Am 5. November 1929 durften er und seine Frau in großer körperlicher und geistiger Frische ihre goldene Hochzeit feiern.

Mit der Bethelgemeinde ist Missionar Ostermeyer bis zuletzt in alter Treue und herzlicher Liebe verbunden gewesen. Es war ihm eine besondere Freude, daß während seiner letzten Krankheit unser früherer Mitarbeiter D. Deltreicher ihm zur Seite stehen durfte. — Herr D. Deltreicher hat die Anstalten auch bei der Beisetzung vertreten, die am Dienstag in Heidelberg stattgefunden hat.

Briefkasten.

Nach Varmen: Welcher Aufwärtsleser aus Varmen hat sich vor einigen Wochen in Witten-Bommern im Strandbad fotografieren lassen? Herr S. Kraushaar dort will gern das schon bezahlte Bild loswerden, hat aber die Adresse verlegt.

Bekanntmachung.

Die Westfälische Ferngas-Aktiengesellschaft in Dortmund beabsichtigt auf dem Grundstück Salemweg 90 (Gemarkung Gadderbaum, Flur 15, Parzelle 206) einen Druckgaskugelbehälter von 4000 Kubikmeter Inhalt zu errichten. Die Planzeichnungen liegen auf dem hiesigen Amt auf.

Dieses Vorhaben wird mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einwendungen gegen die Neuanlage bei der unterzeichneten Behörde innerhalb 14 Tagen anzubringen. Die Frist beginnt mit Ablauf des Tages, an dem das diese Bekanntmachung enthaltende Blatt ausgegeben ist und für alle Einwendungen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, präklusivisch.

Gadderbaum, den 28. Juli 1931.

Die Polizeiverwaltung:

J. W. gez. Höke, Amtsbeigeordneter.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. H. Guttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 23. Für Gefundenen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Kurort Elim, Bad Wildungen

5 Pensionshäuser. Badehaus und Sonnenbäder für Naturkuren. Wildungerkuren. Sommerfrische. Dauerpensionat. Andachten. 3,50 bis 5.— und 10.—. Alles Nähere durch Prospekt mit 52 Bildern umsonst. Prediger C. Ufer.

10 Meter Wäschetuch

La süddeutsches Umsonst erhalten Sie unsere neueste Preisliste Textilmanufaktur Haaggen Wilhelm Schöpplin Haaggen 37 A (Baden) 4.—

Der Herrnhuter Lofungskalender 1932

Ein Abreißkalender mit Betrachtungen über die Lofungen der Brüdergemeine ist eine Gabe, die der weitesten Verbreitung wert ist. Der Preis ist nur 1 Mark, 15 Stück für 14 Mark portofrei. Noch viele Menschen warten darauf, daß ihnen ein solcher Begleiter angeboten wird, der täglich ein Gotteswort und eine kurze Betrachtung zur Stärkung und Aufmunterung darreicht.

Bitte helfen Sie uns darum bei der Verbreitung.

Verlag der Missionsbuchhandlung Herrnhut i. Sa.

Jung. Mädchen

geht zur Erlernung des Haushalts zum 1. September. Schlicht um schlicht. Familienanstellung.

Frau Pastor Clausen, Hofstraße 6, Sulzbach (Südbayern).

Gebild. junges Mädchen findet freundliche Aufnahme als

Haustochter

(schl. um schl.) in hess. Pfarrh. zum 15. August. Melb. erb. an Fr. Pfr. Drüner, 3. St. Liebertwalgern bei Marburg, Pfarrhaus.

Kur-Anstalt Erholungshelm

vegetarisch und Rohkost Ebert Benneckenstein-Moosbarn unweit Braunlage Pastor Felke kuren. Prosp. freil.

Wernigerode

Haus Rudorf direkt am Walde, bietet christlichem Ehepaar od. alleinst. Herrn in zwei Zimm. 10 m l., 4,50 br. Dauerheim bei gut. Verpfl. (auch eigene Möbel) 2 Pers. 240 Mk. monatlich.

Häufche, sehr günstig gel. kleinere

Einfamilienvilla Heidelberg-Rohrbach preiswert verkäuflich. Nachfragen unt. J. D. Hauptpostlag. Heidelberg erbeten.

Betten

Metall- u. Holz- Schlafst. Kinder-, Polster, Chaisel, an jeden Teils. Katalog frei. Eisenmöbelwerk Suhl (Thür).

Bad Nauheim:

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension von 5.— Mark an. N. Spiekermann, Karlstr. 51 P.

Braubach Abeit

Christliches Erholungshelm nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer August Friedrich und Frau

Telefon 34. — Prospekte frei.

Haus Friedrich

Christliches Erholungshelm nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer August Friedrich und Frau Telefon 34. — Prospekte frei.